Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 5

Artikel: Politische Bemerkungen
Autor: Bertheau, Th.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158527

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Bemerkungen.

Von Th. Bertheau.

1. Drei politische Hauptereignisse zeitigte der große Krieg unmittelbar: Die Auflösung der österreich-ungarischen Monarchie und die Aufteilung ihrer Gebiete unter sieben Staaten, wobei insbesondere die Deutschen und die Ungarn, als die Träger der alten Monarchie, unter die Räder kamen; der Sturz des russischen Zarentums und die Zurückdrängung Rußlands zum Teil bis auf die Westgrenzen zur Zeit Peters des Großen; der Sturz der Dynastien in Deutschland und die Vernichtung seiner wirtschaftlichen und militärischen Macht, also seiner politischen Stellung, die es sich im Laufe eines Jahrhunders erworben hatte. Die Auflösung und Zerstückelung von Österreich-Ungarn kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, und von einer Wiedergewinnung der Grenzen von 1914 ist Rußland auf absehbare Zeiten ausgeschlossen. Dagegen blieb trotz aller Beschneidungen, die insgesamt sein Staatsgebiet um 70 000 km² mit 4—5 Millionen Einwohnern verminderten, der Kern des deutschen Reiches mit ca. 60 oder 62 Millionen Einwohnern an sich unangetastet. Die politische Torheit des Friedensvertrages von Versailles liegt nun aber noch nicht so sehr in den sachlichen Bestimmungen, wie sie 1919 beschlossen worden sind, sondern darin, daß die Beschränkungen der politischen Souveränität Deutschlands nicht zeitlich befristet und damit die Wiedererlangung der politischen Freiheit wie die wirtschaftliche Erholung verunmöglicht waren. Unter derartigen Verhältnissen, wenn sie ein paar Jahrzehnte angedauert haben, geht ein kleines Volk politisch unter, aber die Sache liegt weniger einfach, wenn es sich um ein Volk von über 60 Millionen handelt. Es wird nie etwas Gescheites herausschauen, wenn einem einzelnen oder gar einem ganzen Volke die Hoffnung, wieder zu einem besseren, sagen wir zu einem normalen, dem anderer Völker gleichgeordneten Zustand zu gelangen, verschlossen wird. Abgesehen vom russischen Osten besteht in den europäischen Völkern kein orientalischer Fatalismus, dem man sich zu ergeben bereit wäre, und Deutschland bot vor dem Kriege durchaus nicht das Bild eines altersschwachen, verwitterten und im Zerfall begriffenen Staates und Volkes; die politische Leistung des 19. Jahrhunderts war, wie die militärische Leistung im Kriege, bedeutend. Gerade diese Erkenntnis veranlaßte Frank-

reich, dem innerhalb der vereinigten Siegermächte die geistige und politische Leitung zukam, einen Plan in Aussicht zu nehmen, wonach Deutschland in ständiger Abhängigkeit gehalten werden sollte. Dazu sollten die völlige militärische Abrüstung Deutschlands, die neuen Grenzziehungen im Osten, militärische Bündnisse und der Völkerbund dienen. Die Abrüstung war bis 1922 vollzogen, folglich war Deutschland dem alsbald erfolgenden Einmarsch französischer Truppen ins Ruhrgebiet wehrlos preisgegeben. Der Bündnispolitik dagegen war kein rechter Erfolg beschieden, da England und die Vereinigten Staaten von Amerika den Abschluß solcher Bündnisse verweigerten. Hinwiederum gelang es Frankreich, den Völkerbund ganz nach seinen Intentionen zu gestalten; er ist unmittelbar nach Beendigung des Krieges zur Wahrung der Interessen Englands und Frankreichs wie auch der der neu errichteten Staaten, besonders der Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, errichtet worden; der Beitritt zum Völkerbunde bedeutete damals nichts anderes als den Beitritt zur französischen Partei in Europa, der sich die im Kriege neutral gebliebenen kleinen und mittleren Mächte alsbald anschlossen, weil die damalige militärisch-politische Macht Frankreichs diesen Anschluß rätlich erscheinen ließ. Selbst die Schweiz, die ihre Existenz, soweit es sich um diplomatische Mittel handelt, ausschließlich auf eine „ewige" Neutralität stützte und sie soeben auch im großen und ganzen mit Erfolg durchgeführt hatte, glaubte die diesbezügliche Ewigkeit unterbrechen zu sollen. Es war ihr aber, trotz der ihr zugestandenen Dispensation von der Teilnahme an militärischen Unternehmungen, nie so recht wohl bei dieser Art von Neutralität.

2. Der Völkerbund hat überhaupt seit einigen Jahren schlechte Zeiten; wie es der Schweiz gelungen ist, sich trotz ihrer Mitgliedschaft von ihm zu distanzieren, so haben andere Staaten den Völkerbund gänzlich verlassen, und die verbliebenen Mitglieder betonen zum Teil sehr nachdrücklich ihre Freiheit, über ihre Teilnahme an militärischen und Sanktionsverpflichtungen selbständig zu entscheiden. Der erste starke Anstoß gegen den Völkerbund ging von Japan, also einem nichteuropäischen Staate, aus; die Abneigung Europas, sich in ein großes militärisches Abenteuer einzulassen, war aber allgemein, schon weil jeder dem anderen die Hauptopfer zuschieben wollte und ein jeder befürchtete, vom andern politisch hineingelegt zu werden; man kann auch die politischen Konstellationen nach beendigtem Kriege nicht voraussehen. Aber für uns wichtiger war und ist die von Deutschland verursachte „Ruhestörung", das überhaupt von Anfang an, zum Entsetzen aller freiheitsbegeisterten Eidgenossen, wider den Stachel zu löken sich herausgenommen hatte, was nebenbei zur Folge hatte, daß die von Frankreich seit seinem europäischen Siege gegenüber der Schweiz eingeschlagenen Politik nicht fortgesetzt werden konnte, da für Frankreich wichtigere Dinge als Zonen usw. auf dem Spiele standen. Zwei oder drei Jahre später gesellte sich als Dritter Italien den bisherigen

„Unruhestiftern" bei. Daß mehrere kriegerische Affären amerikanischer Staaten ebenfalls Zweifel in die Fähigkeit des Völkerbundes zur Friedenserhaltung aufsteigen ließen und daher beunruhigten, sei nur nebenher erwähnt.

Als Hauptstörenfried gilt aber bei der internationalen und Völkerbundspresse, also auch bei der schweizerischen großen Presse, d. h. der Presse, die sich politisch in Paris heimisch fühlt, Deutschland, obwohl an den deutschen Grenzen kein Schuß gefallen ist, bislang. Was hat sich nun ereignet, daß sich die Schweiz bedroht fühlte und zwar ausgerechnet von Deutschland, das noch vor wenigen Jahren wirtschaftlich und militärisch nichts weiter war als ein Trümmerhaufen, und von dem die Presse jeden Tag behauptete, es herrsche dort das Chaos. Der Fehler liegt in unserem mangelhaften Denken. Es ist eben ein Irrtum, wenn man glaubt, mit den Friedensverträgen von 1918/20 sei der denkbar höchste Glückszustand erreicht worden, damit habe die Geschichte ihren Zweck erfüllt und sei für alle Zeiten beendigt. Das träfe nicht einmal zu, wenn diese Verträge wirklich die Verhältnisse, wie sie 1918/20 vorlagen, in größter Weisheit und Gerechtigkeit geordnet hätte. Aber die Welt steht nun einmal nicht still, sie ändert sich jeden Tag, und durch die Ereignisse der letzten 30 Jahre sollte hierüber doch Jeder belehrt worden sein. Auch in diesen Heften ist schon vor 15 oder 18 Jahren darauf hingewiesen worden, daß die künftige Unruhe nicht von den saturierten Staaten und Völkern, deren Grundzug nach erfochtenem Siege konservativ zu sein pflegt, sondern, in Europa, von Deutschland ausgehen werde, aber es wurde nicht gesagt, wie beschaffen diese Vorgänge sein würden, weil wir dies ebenso wenig wußten wie alle andern, die Deutschen mit inbegriffen. Der Krieg hat alle daran Beteiligten auf das schwerste getroffen, ganz besonders aber die, natürlicherweise, die den Krieg verloren hatten und die gebrachten Opfer als nutzlos ansehen mußten. Der Deutschschweizer denkt hier vorzugsweise an die finanziellen Verluste, den wirtschaftlichen Ruin, in Deutschland dachte man aber auch an die zahllosen Toten und den Aufopferungswillen, den sie bewiesen hatten, und man dachte an das schwer geschädigte und gedemütigte, verunehrte und wegen seiner inneren Bürgerkriege herunter gekommene eigene Volk und Land, das eben doch für die Mehrzahl seiner Einwohner das Vaterland blieb, d. h. die Deutschen empfanden genau so wie die anderen empfunden hätten, wenn sie besiegt worden wären. Grund zu schmachvoller Behandlung war nicht vorhanden; das deutsche Heer war nicht aus Gründen militärischer Unzulänglichkeit, sondern wegen der Mängel der politischen Führung gescheitert. Glänzend durchgeführte Feldzüge, Millionenopfer, und zum Schluß dieses in den östlichen Gebieten fast perverse Resultat! Es ist völlig begreiflich, wenn die tüchtigsten und besten, ihrem Vaterland auch in der Not treu ergebenen Männer fast verzweifelten. Sie hatten dazu um so mehr Grund, als durch die Friedensbedingungen jede Aussicht auf Besserung ausgeschlossen schien.

3. Es ist einer der besten Züge der Menschen, daß sich stets wieder die finden, die sich auch im Unglück unter keinen Umständen entmutigen lassen. Diese Tatsache, die überall wahrgenommen wird, wenn es sich um ein seiner Art nach tüchtiges und strebsames Volk, ohne Ansehen seiner Rasse und Religion, handelt, hat auch das deutsche Volk aus seiner verzweifelten Lage und seiner Erniedrigung gerettet. Da ist vor allem das Kriegserlebnis, das die ehemaligen Kriegsteilnehmer und ihre Gesinnungsgenossen zusammenführte und sie zu einer Macht im Staate werden ließ. In diesen Kreisen, von denen wohl der „Stahlhelm" der bekannteste war, fand der patriotische Gedanke seine Pflege, allerdings wohl eher ein nach der Vergangenheit als nach der Zukunft gerichteter Patriotismus. Gerade letzterer war aber für Deutschland notwendig. Die nach dem Wegfall der Dynastien vom Reichstag angenommene Verfassung war zwar sehr demokratisch und bewegte sich auch in der Richtung der bisherigen staatsrechtlichen Entwicklung Deutschlands, also in der Richtung der staatsrechtlichen Vereinheitlichung, aber zu grundsätzlichen Entscheiden, auch solchen, die schon Jahrzehnte vorher von radikalen Politikern und Parteien postuliert worden waren, kam es nicht. Es blieb bei der bundesstaatlichen Organisation des Reiches, das allerdings nicht mehr aus 26, wie das bismarckische, oder aus etwa 45, wie der deutsche Bund von 1815, bestand, sondern nur noch aus 17 oder 18 Staaten oder Ländern. In der demokratischen Verfassung von 1919 war aber nicht beachtet, daß die europäische Demokratie ihre Blütezeit bereits hinter sich hatte, und daß in Deutschland wie andernorts neue politische und staatsrechtliche Gedanken herangewachsen waren, die wohl hätten berücksichtigt werden sollen; die Verfassung war, dem Gedanken nach, nichts anderes als eine Wiederholung der vielen bereits bestehenden demokratischen Verfassungen und entbehrte der geistigen Unabhängigkeit und Originalität, es fehlten also doch wohl der konstituierenden Versammlung und der Regierung die überragenden politischen Köpfe. Die Zeit war auch wohl noch nicht reif für die praktische Verwertung der im Anzug befindlichen neuen wie der unverwirklichten alten Ideen. Es entstanden dann aber nach 1920 in Deutschland Vereinigungen und Gesellschaften, welche zum großen Teil, ebenfalls auf Grund des Kriegserlebnisses, anderweitige modernere staatsrechtliche und politische Gedankengänge verfolgten, die sie besonders in Zeitschriften aller Art zur Geltung zu bringen suchten; sie waren wohl mehr in Nord- als in Süddeutschland tätig und haben nicht wenige unter den später maßgebenden Männern entscheidend beeinflußt. Waren diese Vereinigungen aber mehr oder weniger Sache der Gebildeten, so machte sich, von Süddeutschland und Österreich her, seit ca. 1930 mit einer geradezu unwiderstehlichen Naturgewalt die nationalsozialistische Bewegung geltend, die ihren Beginn von 1919 oder 1920 datiert und aus kleinsten Anfängen und, nachdem sie für kurze Zeit noch einmal ganz verschwunden war, in den Jahren 1929 bis 1933 lawinenartig anschwoll und alles mit sich riß. Die Gründe, welche

die Einzelnen mitzumachen bestimmten, werden sehr verschiedener Natur gewesen sein, aber ein Motiv muß alles andere überragt haben; die Massen wußten und begriffen: Deutschland tritt zum Kampfe um die Wiedererlangung seiner politischen Freiheit und Unabhängigkeit an. Das neue Regime versprach den einzelnen Deutschen keine goldenen Berge und keine persönlichen Rechte und Freiheiten, sondern klar und deutlich wurde ihnen gesagt, daß harte Arbeit und Pflichterfüllung ihr Los sei, daß das höchste Gut der Nation, die politische Freiheit und damit die nationale Selbstbestimmung, nur durch persönliche Anstrengung, persönlichen Verzicht und persönliche Einschränkung erreicht werde, und daß er, um zu seinem Ziele zu gelangen, sich einer geschlossenen Führung, die alle Kräfte der Nation in einer einheitlichen Richtung zusammenfasse und lenke, unterordnen müsse. Wenn dieses Programm die Zustimmung der Mehrheit des deutschen Volkes fand, so war dies, wie ich mir denke, nur deshalb möglich, weil der Zustand der Unfreiheit, alle die Bindungen und Verträge, durch welche die Freiheit des Handelns, auch innerhalb des Bereiches des Friedens, aufgehoben waren, weil eben dieser ganze Zwang nicht mehr ertragen werden konnte und nicht mehr ertragen werden wollte.

4. Der Nachdruck in der nationalsozialistischen Bewegung liegt daher, wenn ich richtig sehe, mehr auf dem Nationalen als dem Sozialen; mit der Betonung auch des Sozialistischen hat wohl bloß ausdrücklich hervorgehoben werden wollen, daß zum nationalen Befreiungskampf Alle aufgerufen seien; auch der sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, der den Glauben an sein Vaterland schon lange aufgegeben hatte, solle zur Teilnahme an der nationalen Regenerierung berufen und willkommen sein, die Mitarbeit aller sei erforderlich und keiner könne entbehrt werden. Damit sollte also dem Industriearbeiter an Stelle der Verfolgung der als proletarisch bezeichneten Interessen eine neue, ihm näherliegende Aufgabe zugewiesen werden, die die Wahrnehmung nicht mehr oder weniger utopischer und internationaler, sondern unmittelbar praktischer nationaler Interessen bezweckte. Neben der Bauernschaft sind denn auch die industriellen und handwerklichen Arbeiterschaften, um sie willig zu machen und mit dem Nationalsozialismus in möglichst feste Verbindung zu bringen, vom Staate wirtschaftlich gefördert worden, wie das wohl früher in so ausgedehntem Maße noch nie vorgekommen ist. Dabei ist, da es sich um planmäßige Arbeit handelte, wohl manches mißraten oder noch im Stadium des Probierens. Aber die gewaltige Arbeitslosigkeit von 1932 hat im Laufe der folgenden fünf Jahre doch beseitigt werden können, was immerhin eine ungewöhnliche Leistung bedeutete. Die wichtigsten Erfolge errang aber der Nationalsozialismus auf dem Gebiete der nationalen Befreiung. Hier ging es Schlag auf Schlag. Da sich Frankreich beharrlich weigerte, seinerseits abzurüsten, begann Deutschland aufzurüsten, führte die allgemeine Wehrpflicht wieder ein, erklärte die Demilitarisierung seiner westlichen Gebiete und die Internationalisierung der deutschen Flüsse für auf-

gehoben und vollzog, unter Zustimmung der großen Mehrzahl der Österreicher, den Zusammenschluß mit Österreich. Wird noch die Aufhebung der einzelnen Länder als selbständige Gebilde und die Tatsache der fortschreitenden staats- und verwaltungsrechtlichen Vereinheitlichung in Betracht gezogen, so muß sich, unter den einmal gegebenen Verhältnissen, für den politischen Deutschen doch ein Saldo zu Gunsten des Nationalsozialismus ergeben, auch wenn sämtliche Sünden des Regimes aufs pünktlichste verbucht werden. Der Nationalsozialismus hat nun eben, es mag einem lieb oder leid sein, die politische Leistung zustande gebracht, er erwies sich innen- wie außenpolitisch als potent, und um diese Tatsache ist nicht herumzukommen. Zahlreiche und große Schwierigkeiten wurden überwunden; kaum weniger große stehen noch bevor. Aber Deutschland nähert sich in seiner Organisation dem Zustand des fertigen Staates, d. h. des modernen Einheitsstaates und hat in dieser Beziehung das mittelalterliche Ideal des Bündischen, wie es neuerdings wieder für die Schweiz aufgestellt wird, verabschiedet.

5. In den außenpolitischen Angelegenheiten kam es aber nicht bloß auf die eigenen Willensanstrengungen an, sondern ebenso sehr auf das Verhalten des Auslandes, namentlich des auf friedensvertragliche Rechte pochenden Auslandes. Die Friedensverträge sind dem Wortlaute nach zweifellos verletzt worden, aber nicht von Deutschland allein, sondern überall liegen ganze Haufen eingegangener und nicht gehaltener rechtlicher Zusagen und Verbindlichkeiten herum. Warum führten diese Vertragsverletzungen nicht zum Krieg? Soweit sie Deutschland angehen, nicht, wie ich glaube, weil es 1936 oder auch 1938 bereits aufgerüstet hatte und deshalb zu fürchten gewesen wäre; diese Aufrüstung ist wohl noch lange nicht beendigt, wie die schweizerische auch nicht in drei oder vier Jahren durchgeführt sein wird. Anfänglich wäre sogar die vertragsverletzte Mehrheit erdrückend gewesen, selbst wenn Rußland, Frankreichs mächtigster Bundesgenosse, nicht mitgemacht hätte. Für den Krieg gegen Deutschland hätten also vor ein paar Jahren keine ungünstigen Aussichten bestanden. Ich denke mir aber, der wirkliche Grund dafür, daß wegen der Vertragsverletzungen kein Schuß fiel, sei die auch heute noch im Zunehmen begriffene Einsicht der Mehrzahl der Sieger von 1918 gewesen, daß ein wesentlicher Teil der von ihnen aufgesetzten und den Deutschen aufgezwungenen Vertragsbestimmungen sich im Laufe der Zeit zur Torheit gewandelt habe und deshalb heute keinen Schuß Pulver mehr wert sei. Daß dieser Wandelung der Gemüter die deutsche Aufrüstung und die aus mehreren Gründen veränderte politische Lage in Europa förderlich waren, wird kaum zu bestreiten sein; aber das hat zur Ein- und Umkehr bloß wohltätig beigetragen. Noch im Locarnovertrag von 1925 haben England und Italien, über den Friedensvertrag von Versailles hinausgehend, Frankreich die Demilitarisierungszonen in Deutschland „feierlich" garantiert, was Frankreich im März 1936 seinen Garanten vorgehalten haben wird, aber nicht nur Italien,

sondern auch England hielten die Honorierung ihrer Unterschriften nicht für angebracht; sie konnten wahrscheinlich dafür gute juristische Gründe vorbringen, wenn sie auch im Wortlaut des Locarno-Vertrages entgegengestanden sein werden. England schloß sogar kurze Zeit, nachdem die deutschen Truppen den westlichen Teil ihres Landes wieder besetzt hatten, mit dem Vertragsbrecher einen Flottenvertrag ab, was noch dieser Tage Deutschland von England eine Belobigung eintrug. Mit diesen Verträgen ist es eben eine eigentümliche Sache; im Zivilrecht ist der Vorgang ein alltäglicher, daß ein mündlich und schriftlich, meinethalben auch „feierlich" abgeschlossener Vertrag, wenn ihn nachträglich eine Vertragspartei nicht mehr gelten lassen will, von einem Gerichte „feierlich", ganz oder teilweise, als ungültig erklärt wird. Hat der Rechtsgedanke nur auf dem Gebiete des Zivilrechts Bedeutung, oder könnte er nicht auch auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes oder des Völkerrechtes zu Ansehen und Ausbildung gelangen? Ich täusche mich nicht über die enormen Schwierigkeiten, die nach beiden Seiten entstehen, wenn man sich in Kriegs- und Friedenssachen auf die ziviliſtische Jurisprudenz bezieht, aber ich frage mich doch: liegt wirklich ein Vertragsbruch vor, wenn der eine Vertragskontrahent zu den Verhandlungen gar nicht zugezogen wurde, sondern ihm die andere Partei den von ihr aufgesetzten Vertragstext einfach hinwirft, damit er ihn unterschreibe, nach dem Satze: Vogel friß oder stirb! Und entspräche es nicht bloß dem gesunden Menschenverstand, sondern auch einer im Recht begründeten Billigkeit, wenn drückende und unerträgliche Friedensbedingungen nur befristet angesetzt würden? Wenn aber die Befristungsklausel fehlt und der Berechtigte nicht verzichtet, wie soll dann der Not abgeholfen werden? Dann greift eben ein tatkräftiges Volk zur Selbsthülfe und wird auch einen Weg finden, der zur Freiheit führt, wobei es nach den im liberalen und demokratischen Zeitalter des 19. Jahrhunderts herrschenden Auffassungen nicht in erster Linie darauf ankam, ob nun irgendwelche vertragliche oder sonstige Rechte verletzt werden; schließlich besteht doch das Recht auf bewaffneten Widerstand, also auf Aufstand und Krieg, was in der Schweiz nicht vergessen werden sollte. Nun ist in Deutschland nicht die innere Demokratie und der liberale Staat mit seinen Freiheitsrechten errichtet worden, sondern das Gegenteil. Aber hierum handelt es sich zunächst nicht; als erstes politisches Erfordernis stellte Deutschland die *Freiheit nach außen* auf, die Wiederherstellung seiner Souveränität, also das Recht, auf seinem Territorium sein eigener Herr und Meister zu sein, und dieses Prozedere muß doch wohl prinzipiell als richtig angesehen werden. Um dies zu erlangen, hat sich der Weg über die Demokratie und die demokratische Verfassung, wie sie über ein Dutzend Jahre in Kraft war, als ungeeignet erwiesen. Also versuchte man es auf andere Weise, nämlich durch schärfste Zusammenfassung aller im Volke vorhandenen Kräfte unter *einen* Willen, und so gelang, was vorher nicht gelungen war. Man sollte in der Schweiz nicht übersehen,

daß die Freiheitskämpfe sich nicht nach der nämlichen Schablone abzuspielen brauchen; vor allem ist es unangebracht, die heutigen Revolutionen und Umwälzungen nach denen der französischen Revolution und ihrer Nachzügler im 19. Jahrhundert oder den Auffassungen Schillers und seines Wilhelm Tell zu beurteilen; beiden entsprechen die Umwälzungen von heute ebensowenig wie die des 13. oder 14. Jahrhunderts, wenn schon es am Ende möglich wäre, daß Wilhelm Tell, Schiller und Hitler ähnliches meinten und durchführten, jeder in seiner Art und mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln. Man sollte sich auch in der Schweiz sehr nachdrücklich überlegen, daß wir, im Gegensatz zu unserem Nachbarn, im Laufe der letzten 25 Jahren nicht viel erlebt haben; wir vergnügten uns im Schutze unserer Neutralität und ließen es uns wohl sein. Uns fehlt nun aber, und das ist der Preis, den wir für den uns durch die Neutralität gewährleisteten Schutz bezahlen, etwas, was die Kriegführenden im ausgiebigen Maße besitzen, die praktischen Erfahrungen über die Ereignisse und ihre Folgen während des letzten Vierteljahrhunderts; hätten wir sie am eigenen Leib verspürt, so wären wir bescheidener. Aber weil der Deutschschweizer stets geneigt war, sich unter den Fittichen des siegreichen Adlers zu bergen und weil Deutschlands Flug nach 1918 alles andere als adlermäßig war, behielt sich der Deutschschweizer davon entlastet, anderen Verhältnissen in Deutschland als etwa den wirtschaftlichen Bedeutung beizumessen, dagegen für berechtigt, Wesentliches, das sich in und um Deutschland ereignete, zu ignorieren, in der Erwartung, ein endgültiger Erfolg werde den Deutschen nicht beschieden sein, eine geschichtliche Zukunft sei überhaupt ausgeschlossen. Bei diesem Verfahren muß uns allerdings die Kenntnis von der Wirklichkeit der Dinge, also die politische Erfahrung, fehlen und heute das Verständnis für die Bestrebungen Deutschlands um die Wiederherstellung seiner Souveränität abgehen. Kämen wir einmal in eine ähnliche Lage, was doch auch nicht ausgeschlossen ist, wir nähmen wahrscheinlich an Weisheit und Erfahrung erheblich zu und zeigten uns weniger vornehm und überheblich. Heute sind wir immer noch in der Stellung dessen, dem es gut geht und der es als sein Recht beansprucht, vom Glück oder vom Schicksal verwöhnt zu sein. Zum Troste der vielen, die sich von ihrem Ärger darüber, daß das deutsche Volk während der letzten Jahre politische Erfolge errungen hatte, noch nicht erholt haben, möchte ich den Hinweis nicht unterlassen, daß die Deutschen sich noch nicht vielen privaten ökonomischen Speck zulegen konnten, und vielleicht ist dies auch für die Zukunft gar nicht beabsichtigt.

6. Das merkwürdigste ist aber die Aufnahme des Anschlusses Österreichs in der Schweiz. Man möchte glauben, eine derart unerhörte Sache hätte sich noch nie ereignet, sei schlechterdings nicht vorstellbar, sonach liege ein Anschluß nicht vor, die Österreicher seien gar nie gefragt worden, ob sie sich Deutschland anschließen wollten, sondern seien eben angeschlossen worden, später kämen die Schweizer daran usw. Die Franzosen, die von

jeher mit der ihnen wohlbekannten politischen Intelligenz des Deutschschweizers zu rechnen wußten, sind nicht in ihrer ganzen, aber in dem umfangreichen chauvinistischen Teil ihrer Presse, im helvetischen Lamento vorausgegangen. Es ist ein interessantes und anregendes Schauspiel, das sich hier präsentiert, dieses Hinüber und Herüber von Artikeln in schweizerischen und französischen Zeitungen, in denen sie sich gegenseitig die Meinung, die Schweiz schwebe in Gefahr, bestätigen. Neuerdings fühlen sich auch englische Blätter veranlaßt, in schweizerischer Landesverteidigung zu machen, und man hat oft den Eindruck, als wären diese Ergüsse nicht in englischen Küchen zu- oder vorbereitet worden.

Es bedarf keines eingehenden Studiums der Geschichte Deutschlands, sondern bloß eines Überblickes über den Verlauf dieser Geschichte im letzten Jahrhundert, um zu wissen, daß in Deutschland die Dynastien das trennende Element bildeten, das deutsche Volk selbst aber vom Gedanken seiner Zusammengehörigkeit und Einheit nicht abließ, gleichgültig, ob man innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches oder denen der österreichischen Monarchie beheimatet war. Das änderte sich auch nicht, als das politische Band im Jahre 1866 zerschnitten wurde; diese sogenannte kleindeutsche Lösung in der politischen Entwicklung Deutschlands ist von der großdeutschen Partei nie als endgültiges Resultat, sondern nur als eine Etappe anerkannt worden. Der großdeutsche Gedanke ist übrigens, ganz bezeichnenderweise, nicht so sehr in Preußen als in Österreich und in den süddeutschen Staaten gepflegt worden. Abgelehnt war er aber von den beidseitigen Regierungen, von der habsburgischen aus Gründen ihrer selbst, von der Reichsregierung aus Gründen der Schonung der Interessen ihres Bundesgenossen. Als aber in Deutschland und Österreich Ende 1918 die Dynastien wegfielen, gingen sofort Wunsch und Wille der Deutschen in Österreich auf den Anschluß an Deutschland; das kann doch unmöglich bestritten werden. Daß dies die Sieger verweigerten, ist leicht begreiflich; denn der Mächtige wird die ihm zusagenden und von ihm aufgestellten Grundsätze stets anwenden, wo sie ihm nützen, nicht dagegen da, wo sie ihm schaden oder wo er eine Gefahr wittert: Recht ist, was mir nützt; in der Frage der völkerbundsmäßigen Sanktionen hat sich auch die Schweiz kaum wesentlich auf einen anderen Standpunkt gestellt, und andere Staaten scheinen deren Beispiel folgen zu wollen. Also wurde der Anschluß Österreich untersagt und durch Bestellung des Klerikalismus als Hüters der aufgezwungenen Selbständigkeit versucht, den Deutschen in Österreich, unter Fabrikation des österreichischen Menschen, den neuen auf sich selbst gestellten Staat plausibel zu machen. Das wollte aber nicht gelingen; deutlich zeigte sich trotz allem Regierungsdruck, daß die große Mehrheit der Österreicher ihre Sonderexistenz aufzugeben gewillt war, und ein unbeschreiblicher Jubel ging, wie mir Augenzeugen erklärten, durch das ganze Österreich, als sich am 12. März dieses Jahres die Nachricht verbreitete, der klerikale Regierungschef sei zurückgetreten, eine Tatsache, die dem

deutsch-schweizerischen Freisinn von 1938 im Gegensatz zum antiklerikalen Freisinn der Jahre 1830 bis 1890 ganz unverständlich blieb. Aber ist es denn eine so merkwürdige Sache, wenn ein Volk, das länger als ein Jahrtausend Bestandteil eines großmächtlichen Staates und Jahrhundert lang das Kernvolk oder eines der Kernvölker dieses Staates bildete, durch die Ereignisse isoliert wird, nun den Anschluß an die, zu denen es ein Jahrtausend gehört hatte, also an seine eigenen Landsleute begehrt? Man irrt sich doch in der Schweiz, wenn man annimmt, die Kleinstaaterei gelte in Europa als das höchste Ziel alles politischen Lebens *). Die Zeit der Kleinstaaterei war das spätere Mittelalter, und, aber bloß in Deutschland und Italien, die Zeit bis zur französischen Revolution, letztere und das in ihrer Folge maßgebend gewordene politische Denken haben aber mit dem kleinstaatlichen Wesen in Europa aufgeräumt, und keinem von den 1918/20 neu errichteten oder stark vergrößerten Staaten ist es eingefallen, sich etwa durch Unterteilung zu verkleinstaatlichen und zu schwächen, während es allerdings dabei bleiben wird, daß die Großmächte als Nachbarn lieber kleine als große Staaten besitzen, worüber in diesen Heften auch schon gesprochen worden ist. Aber, wird man einwenden, weshalb brauchten dann Militär- und Parteitruppen in Österreich einzumarschieren, wenn es anschlußbereit war? Mir scheint, bei einem Ereignis von historischer Bedeutung, wie es der Anschluß Österreichs ist, braucht es immer auch eine Machtdemonstration, die deutsche Regierung war vor dem Einmarsch offenbar auch nicht ganz sicher, wie die Aktion vor sich gehen werde, es konnte mit einem Widerstand der österreichischen Regierung gerechnet werden, den sie auch, bevor sie unterrichtet wurde, sie könne sich weder auf Heer noch auf Polizei verlassen, in Aussicht genommen hatte, oder mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges, und dann hat Deutschland bekanntlich auch Feinde, selbst in Österreich, jedenfalls in Wien. Wie die Meinung zum mindesten der Mehrzahl der Österreicher aber wirklich beschaffen war, zeigte der Empfang der deutschen Truppen, die nirgends auf Widerstand stießen. Das scheint mir ein genügender Beweis für den Anschlußwillen Österreichs zu sein. Jetzt sind sie wieder Bestandteil eines großen Ganzen, während sie sonst als Kleinstaat darauf angewiesen geblieben wären, Spielball des jeweilen Mächtigsten in Europa zu sein. Freilich teilen sie auch das Schicksal Deutschlands, das für die nächste Zukunft heute noch nicht feststeht. Maßgebend für die Österreicher war übrigens wohl kaum das innerpolitische Regime des Nationalsozialismus, das seine Gegner in Österreich haben wird, wie es deren in Deutschland gibt und geben muß, maßgebend war vielmehr der nationale Gedanke; ich sehe nicht ein, weshalb die Österreicher nach einem eigenen Staatsgedanken auszugehen brauchten, da sie doch seit

*) Ein „Anschluß", zwar unter anderen, aber doch vergleichbaren Verhältnissen fand auf deutschem Gebiet vor 70 Jahren statt, als die nach 1866 in der Luft stehenden Staaten Bayern, Württemberg und Baden sich mit dem Norddeutschen Bunde verbündeten und nachher dem Reiche beitraten.

dem Zerfall der österreichischen Monarchie den Gedanken des Zusammenschlußes mit Deutschland in sich trugen und kein Bedürfnis zum Kleinstaat kannten. Wenigstens den Historikern in der Schweiz darf zugemutet werden, über die Ereignisse, welche seit 100 und mehr Jahren auf die Möglichkeit eines Zusammenschlusses hinwiesen, unterrichtet zu sein, und nicht den Föderalismus und den Kleinstaat als das die politische Entwicklung Europas beherrschende Prinzip hinzustellen. Bei der Stellung Deutschlands zu Österreich und umgekehrt, bei den so ganz anders gearteten Verhältnissen zwischen Österreichern und Deutschen und zwischen Schweizern und Deutschen hätte die allgemeine Bestürzung in der Schweiz in der Zeit seit Mitte März 1938 billigerweise unterbleiben dürfen. Soweit sie nicht künstlich erzeugt wurde, war sie kopflos; eine politische Entwicklung ist noch nicht verfehlt oder gar verwerflich, wenn sie Strömungen in der Schweiz entgegengesetzt ist.

7. Ähnlich wie gegenüber dem Anschluß Österreichs verhält sich die Presse gegenüber der Frage des sogenannten Sudetendeutschtums. Die Sudetendeutschen sind die Deutschen, die in Böhmen, Mähren und österreichisch Schlesien, also im westlichen Teil der Tschechoslowakei, wohnen. Es hat deren zwar auch in der Slowakei, aber hier handelt es sich um bloße Sprachinseln. Diese Leute, die Deutschböhmen, sind ein Teil der Deutschen, die im ehemaligen Österreich wohnten, und die, als das alte Österreich unterging, wie die Österreicher des Donautales und der Alpenländer den Anschluß an das Deutsche Reich verlangten, aber nicht gehört, sondern, ihrer ca. 3½ Millionen, der Tschechoslowakei einverleibt wurden. Zur Erstellung der Verfassung der Tschechoslowakei wurden sie ebensowenig zugezogen, wie die Slowaken, Ungarn, Polen und Ruthenen; alle diese Minderheiten bilden etwa die Hälfte der Bevölkerung der Tschechoslowakei, die bei uns übliche Einreihung der Tschechoslowakei unter die demokratischen Staaten ist also ein fragwürdiges Unternehmen. Irre ich nicht, so sind sie auch bei der Verteilung der Sitze im Abgeordnetenhaus benachteiligt worden. Die Deutschen haben sich nun vor einigen Jahren, nachdem sie eine Zeit lang in mehrere Parteien zerfallen waren, neuerdings zusammengeschlossen und bilden heute eine einheitliche Partei unter der Führung des Turnlehrers Henlein; neben ihr existiert deutscherseits bloß noch eine kleine sozialdemokratische Partei. Die Deutschen der westlichen Tschechoslowakei haben Jahrhunderte lang zusammen mit den Österreichern im Donautal und den Alpenländern einen volklichen Hauptbestandteil der habsburgischen Monarchie gebildet; als ihre Landsleute in Österreich den Anschluß an Deutschland vollzogen, war es für sie eine ganz selbstverständliche Sache, daß ihre ihnen aufgezwungene und nur widerwillig ertragene Zugehörigkeit zur Tschechoslowakei gelöst oder ihnen zum mindesten eine günstigere Stellung in diesem Staate zugebilligt werde. Sofern sie von neuem, wie vor 20 Jahren, den Anschluß an Deutschland prätendieren, erweist sich dies aber als eine weit schwierigere Sache als der Österreichs. Zwar lebt

der weitaus größere Teil der Deutschen in geschlossener Siedlung den Grenzen Böhmens und Mährens entlang und in unmittelbarem territorialen Zusammenhang mit dem Reichsgebiet, aber ihre sprachlichen Übergänge nach der inneren Seite sind unbestimmt, irgendwelche geographische Grenzen sind hier auch nicht vorhanden, während die Länder der Wenzelskrone zwar nicht gegen Österreich, wohl aber gegen das bisherige deutsche Reich durch Gebirgszüge klar abgegrenzt sind. Ob die Tschechoslowakei lebensfähig wäre ohne die deutschen Gebiete und ohne die Slowakei, kann ich nicht beurteilen, aber sicher scheint mir zu sein, daß sie einen derart großen Gebietsverlust nicht freiwillig über sich ergehen lassen könnte; der tschechische Staat geriete zweifellos in volle wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit von Deutschland. Die Angelegenheit ist also sehr dornig; den Deutschen kann das Recht der Selbstbestimmung, den Tschechen aber das Recht auf eine freie nationale Existenz nicht abgesprochen werden. Eine Treupflicht der gegenwärtigen Minoritäten der Tschechoslowakei gegenüber ihrem Staat besteht wohl nicht; die zur Angehörigkeit zu einem ihnen fremden Staat gezwungenen verletzen keine Pflicht, wenn sie von ihm abfallen; das würde vielleicht sogar der schweizerische Liberalismus von 1938 anerkennen. Befindet sich aber die Tschechoslowakei in einer sehr unangenehmen Lage, so darf um so eher auf die Unbedenklichkeit hingewiesen werden, mit der sich die tschechoslowakische Staatsgründung vor 20 Jahren vollzogen hatte; in der Zeit eines hochgehenden Nationalismus wird ein Staat gegründet, dessen Staatsvolk 7 Millionen und dessen Minoritäten ebenfalls 7 Millionen zählen. Man fragt die Minderheiten gar nicht, sie werden einfach eingepfercht, ohne daß sie zu ihrem Grundgesetz etwas zu sagen hätten. Dabei wird alles getan, um sich bei den Nachbarn unbeliebt zu machen, auch die Grenzen so gezogen, daß die Landesverteidigung denkbar schwierig ist. Und was ist die moralische Grundlage dieser zweifelhaften und sonderbaren Staatsgründung? Der allgemeine gegenseitige Haß, der schon seit Jahrhunderten besteht, wird neu angefacht und durch den an und für sich begreiflichen Hochmut der herrschenden Nation jede Annäherung der Minderheiten verhindert. Die Staatsgründer Masaryk und Benesch waren oder sind zweifellos sehr kluge Leute, aber sie begingen den Fehler, den Zustand von 1918 und 1920 für ewig zu halten. Zum Kapitel der Vertrags- und Rechtsverletzungen darf hier noch bemerkt werden, daß die beiden Herren während des Krieges Staatsangehörige der österreichischen Monarchie waren, ihr Verhalten im Ausland bedeutete also Landesverrat, welcher Umstand von den liberalen und demokratischen Verteidigern des geschriebenen Rechtes außer Acht gelassen zu werden pflegt. An sich nicht zu Unrecht. In der Tat können politische Bewegungen, die auf die Selbständigkeit eines Volkes gerichtet sind, nicht nach den Gesetzesbuchstaben beurteilt werden, und wenn die Tschechen Masaryk, den ehemaligen sozialistischen Professor in Prag, als den Vater des Vaterlandes verehren, so haben sie von ihrem Standpunkt aus Recht, aber was dem einen in

Beachtung oder Nichtbeachtung der Gesetzestafeln Recht ist, das ist für den anderen nur billig. In der ganzen Frage der Tschechoslovakei dürfte man sich aber bei uns beruhigen; die Herren in Berlin haben sich zwar als kühne und fast verwegene Politiker erwiesen, aber ihre Besonnenheit hat sie bisher nicht verlassen; sie unternehmen nach außen nie zu viel auf einmal und pflücken Früchte erst, falls und wenn sie sie für reif erachten. Eine Lebensfrage ist diese Angelegenheit für Deutschland nicht; Deutschland kann auch warten. Es handelt sich aber überhaupt nicht darum, daß Deutschland aus Eroberungsdrang einen Teil der Tschechoslovakei erwerben will, sondern darum, ob die Deutschböhmen und -Mähren, aber auch die Ungarn, Polen, Slovaken usw. befugt sind, für sich das Selbstbestimmungsrecht geltend zu machen. Wenn sie sich von dem Staate, dem sie nur gezwungenermaßen angehören, trennen wollen, so wird, ich zweifle nicht daran, die ganze liberale und demokratische Schweiz sie innerhalb der durch die Neutralität gezogenen Grenzen unterstützen und zwar aus Gründen des die Schweiz seit ihren ersten Anfängen beherrschenden Gedankens der Freiheit und der Demokratie. Ob die Deutschböhmen und die Minderheiten überhaupt ihre Freiheit erreichen wollen innerhalb oder außerhalb des tschechoslovakischen Staates, ist ihre Sache.

8. Wunsch und Wille der Österreicher wie Wunsch und Wille der Deutschen in Böhmen und Mähren gingen und gehen auf den Anschluß an Deutschland. Die Situation, welche den Anschluß ermöglicht und ihn verständlich macht, haben aber weder die Deutschen in Österreich und in Böhmen geschaffen, sondern schufen der Krieg und der Wille der Sieger, die den Braten Deutschland vor die Türe legten und den Willen von Millionen durch Paragraphen glaubten korrigieren zu dürfen und zu können. Haben sich die einzelnen Völker von Österreich-Ungarn ihren Konnationalen in Polen, Rumänien, Serbien, Italien angeschlossen und die Tschechen einen eigenen Staat gegründet, so ist es nicht sehr merkwürdig, wenn die Deutschen des ehemaligen Österreichs sich Deutschland anschließen wollen; sonderbar wäre bloß, wenn sie diesen Wunsch nicht hätten. Aber ist die politische Lage der Schweiz die nämliche wie die Österreichs und Deutsch-Böhmens? Die Schweiz gehörte der österreichisch-ungarischen Monarchie überhaupt nie an, ihre politische Entwicklung im vergangenen 19. Jahrhundert war wohl eher eine der österreichischen entgegengesetzte, als eine übereinstimmende, und seit 1866 hat uns Österreich-Ungarn überhaupt sehr wenig interessiert; man kann sogar sagen, daß die Vernichtung der österreichisch-ungarischen Großmacht von vielen schweizerischen Parteigängern der Entente cordiale freudig begrüßt worden ist, trotz der Eigenschaft dieses Staates als eines Vielvölkerstaates. Die Lage der Schweiz ist also historisch und sachlich eine ganz andere als die Österreichs und der Deutschen in der westlichen Tschechoslovakei, und daher ist auch ihre Lage gegenüber Deutschland und die Deutschlands gegenüber der Schweiz ganz anders. Ich habe auch nie gehört, daß von Deutschland von offizieller Seite und aus

irgend einem Grunde die Eroberung der deutschen Schweiz in Aussicht genommen worden sei; daß sich Private in dieser Richtung geäußert haben, ist ja wohl möglich, an gleichartigen Stimmen hat es aber auch in Frankreich und Italien in puncto der Gebiete mit französisch oder italienisch sprechender Bevölkerung nicht gefehlt und ist in einer Zeit des Umsturzes großer Staaten und staatlicher Neubildungen nichts Unbegreifliches und auch schon in früheren Zeiten geübt worden; Napoleon überlegte sich, ob er nicht die Schweiz um das Tirol vergrößern solle, und Dubs, damals nicht Privater, sondern schweizerischer Bundesrat, machte vor 70 oder 80 Jahren Propaganda für die Angliederung Oberitaliens oder einzelner Teile davon an die Schweiz. Der ganze Lärm, der sich im März dieses Jahres erhob, hätte unterlassen bleiben dürfen; derartiges ist angebracht, wenn eine wirkliche Gefahr droht, es hat aber nirgends verlautet, bezüglich der Schweiz sei von Deutschland irgendwo und irgendwie auf den Busch geklopft worden. Und hat sich seither irgend etwas in dieser Richtung ereignet, in Enthüllungen oder auch nur in Worten? Gar nichts. Mit Protesten ins Leere hinaus legt man keine Ehre ein; ein selbstbewußtes Volk bezieht auch nicht Vorgänge inter alios auf sich selbst.

Ich habe nicht die Ehre, in die geheimen Pläne der Großmächte eingeweiht zu sein, sondern halte mich zur Beurteilung der Vorgänge des politischen Lebens an die Mitteilungen der Presse, wobei ich mich allerdings an die Tatsachen und nicht an die mit Absicht verbreiteten und in der Regel als solche ohne Schwierigkeiten erkennbaren falschen Gerüchte halte. Im übrigen: glaubt denn jemand ernstlich, die Schweiz sei, besonders von Deutschland, so ernstlich und stürmisch umworben? Aus welchen Gründen denn? Aus Gründen unserer persönlichen besonderen Tugenden und ausschließlich vorzüglichen Eigenschaften, unserer Berge, unserer spärlichen Bodenschätze, unserer künstlerischen und wissenschaftlichen Begabungen und Leistungen und anderer Qualitäten, die wir vor allen anderen Völkern besitzen und um die uns die Deutschen beneiden und ohne die sie ihr künftiges Dasein nicht zu bestreiten vermöchten? Man hat in Deutschland von der Schweiz und ihren Bewohnern eine gute Meinung, heute stellenweise vielleicht etwas weniger als zur Zeit, da man die Deutschen nicht bloß belächelte, aber mit ausschließlicher Bewunderung für die Schweizer sind sie ebensowenig wie die Franzosen, Italiener, Engländer oder Russen erfüllt, sondern sie wissen, daß sie und die anderen nichtschweizerischen Europäer im Laufe der letzten Jahrhunderte in Krieg und Frieden etliches von bleibender Bedeutung geleistet haben, wobei ihnen, im Gegensatz zu uns Schweizern, öfters recht viel Schweres beschieden war, sie hätten aber ohne ihre Erfahrungen und bewegten Schicksale wohl kaum ihre Leistungen zu erreichen vermocht, mögen sie nun mehr nach der Richtung militärischer Eroberungen wie bei England und Rußland oder der künstlerischen und wissenschaftlichen Leistung wie bei Frankreich, Italien und Deutschland gegangen sein. Ich sehe keine Tatsache, die

uns veranlassen könnte, bei Deutschland eine größere Sehnsucht nach dem Besitze der Schweiz zu vermuten, als sie etwa auch in Italien oder Frankreich vorhanden sein könnte. Sollte einmal eine Aktion gegen die Schweiz in Szene gesetzt werden, so scheint mir alles dagegen zu sprechen, daß sie von Deutschland ausgehen werde; wenn bei uns vielfach so getan wird, als ob eine Gefahr aus Deutschland drohe, so liegt dies zu einem guten Teil in dem durch die Zeitungen künstlich erzeugten Haß des Deutschschweizers gegen den Deutschen und die gesamte politische Entwicklung in Deutschland vom Konglomerat von Klein- und Kleinststaaten (mit Ausnahme Österreichs und Preußens) zur vereinheitlichten Großmat, und dem Haß der sozialistischen Parteien, die um ihre mühsam erworbene Stellung in der Schweiz besorgt sind und ihren Parteizielen, genau wie es die Anderen auch machen, durch einen lauten und renommistischen patriotischen Spektakel nachzuhelfen trachten. Die ganze gegenwärtige Haltung der deutschen Schweiz erinnert mich an eine doch echt schweizerische geistige Haltung, der Gottfried Keller, der den Deutschschweizer kannte, in der Gestalt der Züs Bünzlin ein Denkmal aere perennius gesetzt hat. Die Kammacher sind wohl ausgestorben, aber immer noch thront Züs Bünzlin auf ihrem Aussichtsplatz, alle Dinge zwischen Himmel und Erde und besonders das politische Treiben der Völker und Staaten geistreich beurteilend und sich als „die alleinige Quelle alles Guten" betrachtend. Mir scheint, die gegenwärtige Zeit wäre eher geeignet, uns zur Selbstbetrachtung, nicht im Sinne einer ewigen Anbetung unserer selbst, vielmehr einer tunlichst objektiven Kritik unseres Wesens und inneren Gehaltes zu veranlassen; sind wir kritisch gegen uns selbst, so sind wir auch fähig, statt in oberflächlicher Weise über ausländische Verhältnisse, wie sie im Laufe schwerer Jahrzehnte für die, die es angeht, entstanden sind, abzuurteilen, das zu vollbringen, was uns vor allem nottut: vor der eigenen Türe zu wischen, damit bei uns selbst wieder eine gesunde Ordnung hergestellt wird. Das ist unsere Mission, und eine andere haben wir nicht; da sie alle unsere Kräfte beansprucht, kann sie uns auch genügen.